

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 26

Sonntag, den 29. Juni

1919

Gelbe Statistikkarten

sind versandt. Wir bitten dringend, die Karte pünktlich und vollständig ausgefüllt einzulenden.

Als Bähltag ist der 28. Juni zu nehmen. Einzulenden sind die Karten bis spätestens 10. Juli 1919. Diejenigen Poststellen, die keine Karten erhalten haben sollten, müssen dies sofort dem Vorstand mitteilen.

Die diesmaligen Angaben gebrauchen wir zur Bearbeitung für das Statistische Amt und auch für die General-Kommission. Es darf uns also bei der Aufstellung keine Karte fehlen.
Der Vorstand.

Zum 10. Gewerkschaftskongress.

Die unermüdlige, zielstrebende Arbeit der freien Gewerkschaften wurde durch den Krieg erheblich gestört. Nicht etwa, daß Bau und Leben der Gewerkschaften, dieser wichtigen sozialen Körper, derart erschüttert worden ist, daß für den Bestand überhaupt Besorgungen gehegt werden konnten, aber sehr hart hat sie der Krieg mitgenommen und die Gesamtbewegung sowohl wie einzelne Organisationen werden trotz des gewaltigen Aufschwunges seit der Revolution noch manchen Schaden zu überwinden haben. Die Gewerkschaften völlig aus der Geschichte auszulöschen war selbst der Krieg mit seinen, die Arbeiterbewegung so niederdrückenden Wirkungen nicht in der Lage. Wer und was sich den Gewerkschaften auch entgegenstellt, es wird vergeblich sein, sie umzubringen, solange sie geschichtliche Notwendigkeiten sind; man kann sie schädigen, kann ihre Entwicklung hemmen, kann sie aber nicht zerbrechen, bevor ihre Mission erfüllt ist. Das hat uns nicht nur die Kriegszeit gelehrt, es wird uns auch die Zeit noch weiter lehren.

Der letzte Gewerkschaftskongress fand 1914 in München statt. Seitdem ist ein Jahrzehnt verflossen. Ohne den Krieg hätten wir längst wieder auf einem allgemeinen Gewerkschaftskongress die schwebenden Fragen besprochen und die Bahn für die nächste Zeit abgesteckt. Das wäre verhältnismäßig leicht gewesen. Doch nun ist der Krieg mit seinen die Gewerkschaften hart berührenden Fragen dazwischengekommen; noch mehr, die Revolution drängt der Gewerkschaftsbewegung die Erlebigung weit wichtiger Fragen und Probleme auf, als sie der Krieg bringen konnte. Überall ein Drängen neuer Aufgaben, ein Streben, sie zu bewältigen und ihnen durch zweckmäßige Gestaltung Wirklichkeitswert zu geben! Da ist es gewiß sehr hohe Zeit, daß sich unsere Gewerkschaften nach so langer Pause die Unruhe zeichnen über die Notwendigkeiten ihres ferneren Handelns. Kein früherer Gewerkschaftskongress stand vor so großen Fragen, und darum auch vor so großer Verantwortung, wie die am Montag, dem 30. Juni, in Nürnberg beginnende Tagung unserer freien Gewerkschaften.

In Nr. 22 des Tabak-Arbeiter (1. Juni 1919) haben wir die Tagesordnung veröffentlicht. Abgesehen von den rein geschäftlichen Angelegenheiten sind eigentlich alle Punkte von besonderer Wichtigkeit. Aber auch fast alle Punkte stehen unter der Wirkung der politischen Umwälzung, und wenn auch beim Rechenschaftsbericht der Generalkommission die verschiedenen politischen Ansichten sich reiben werden an Dingen der Vergangenheit, so wird auch hier schon die künftige Art der Vertretung von wirtschaftlichen Arbeiterinteressen eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Spielt doch die Haltung der Generalkommission in verschiedenen, mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen auf den Verbandstagen der einzelnen Gewerkschaften schon eine Rolle, um wieviel heftiger werden die Meinungen an der entscheidenden Stelle auseinanderlagern. Wir sind freilich nicht der Meinung, daß die Angriffe auf die Stellungnahme der Generalkommission zu den Kriegsfragen im allgemeinen hätte anders sein dürfen, als sie es gewesen ist. So manches, was Generalkommission und Vorstandskonferenzen beschlossen und ausgeführt haben, hat sich bereits, weil notwendig und zweckmäßig, gerechtfertigt.

Als wichtigsten Punkt der Tagesordnung möchten wir jenen bezeichnen, der dem Kongress Gelegenheit geben soll, sich mit der Frage zu beschäftigen: Welche Bedeutung haben künftig die Gewerkschaften? Oder, wie es in der offiziellen Festsetzung der Tagesordnung heißt: „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Berichterstatter: H. Leipart.“

Krieg und Revolution haben ihren ungeheuren Einfluß auch auf die Gewerkschaften ausgeübt, über ihn noch aus, und es wäre konservativ, behaupten zu wollen, daß alles wieder seinen alten Gang gehen müßte. Entwickeln sich neue politische, neue Wirtschaftsformen, so können die Gewerkschaften nicht stehen bleiben und sich mit ängstlichen Gebärden am Alten und Hergebrachten festklammern. Sie müssen, wenn sie lebenskräftig sein wollen, der Zeit die

schuldige Rücksicht entgegenbringen. Andererseits aber sind die Gewerkschaften nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu dem Zweck, die Lage der Arbeiter zu heben, und wir stehen nicht an, zu erklären, daß, wenn das Mittel nicht mehr zweckmäßig und durch Besseres überholt worden ist, es nicht künstlich am Leben erhalten werden soll. Es gibt ja selbst in Arbeiterkreisen jetzt Leute, die die Gewerkschaften als überlebt zum alten Eisen geworfen haben wollen. Demgegenüber betonen wir, daß uns die geschichtliche Mission der Gewerkschaften trotz der Umwälzung noch lange nicht erfüllt erscheint. Wir halten einen gewissen gewerkschaftlichen Zusammenschluß selbst dann noch für notwendig, wenn eine allgemeine Sozialisierung eingetreten, wenn der Sozialismus im Wirtschaftsleben herrscht. Allerdings haben sich die Gewerkschaften in ihren Aufgaben und Einrichtungen den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen anzupassen. So haben wir uns auch jetzt zu fragen, ob uns nicht durch die Umwälzung neue Aufgaben geworden sind, und ob unsere Einrichtungen genügen, den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir der Zusammenfassung im Denken und Handeln beruflich und allgemeinwirtschaftlich wohl kaum werden entbehren können.

Nun stehen wir vor ungeheuren Aufgaben im Wirtschaftsleben, die der Erfüllung harren, die erfüllt werden müssen. Ohne die Mitwirkung der Arbeiterschaft können die Aufgaben nicht erfüllt werden. Da müssen wir uns klar werden, unter welchen Voraussetzungen die Kraft der Arbeiterschaft am vorteilhaftesten ausgenutzt werden kann. Der 10. Gewerkschaftskongress soll prüfen und urteilen, in welcher Form, unter welchen Richtlinien die Arbeiterschaft künftig ihren wirtschaftlichen Einfluß am besten zur Wirksamkeit bringen kann. „Alle Macht den Arbeiterräten!“ So hört man rufen. Die Arbeiterschaft wird ihre geschichtliche Mission der Befreiung unter dem Zeichen der Demokratie erfüllen, oder überhaupt nicht. Uns soll hier die politische Seite des Rätesystems nicht berühren, aber soweit die wirtschaftliche Seite in Betracht kommt, können wir, die wir stets für das konstitutionelle Räte-System in seiner weitesten Ausgestaltung eingetreten sind, dem System der Betriebsräte und damit einer starken Einwirkung auf den Produktionsprozeß nur das Wort reden. Daß nebenher noch Körperschaften einzurichten sind, die nach Industrien bzw. Wirtschaftsgebieten gegliedert und ausmündend in eine Zentralkörperschaft einen erheblichen Einfluß auf die Produktion und ihre Gestaltung auszuüben haben, ist für uns selbstverständlich. So sehr wir auch überzeugt sind, daß sich die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens nicht im Handumdrehen machen läßt, so bekennen wir uns doch mit Nachdruck zu ihr und wollen für sie die Bahn freigemacht wissen. Dabei müssen die Gewerkschaften ein gewaltiges Stück Vorarbeit leisten, denn das Rätesystem kann doch nur ein neues Mittel zum alten Zweck sein; nur erst durch erhöhte Wirtschaftsmitteln und den Gestaltungswillen der Arbeiterschaft kann es fruchtbar wirken und für die Sozialisierung brauchbare Arbeit leisten. Die Gewerkschaften werden noch lange die Grundlage für die neue Form der Mitwirkung der Arbeiter im Wirtschaftsleben sein müssen. Wir sehen ganz davon ab, bei dieser Gelegenheit die sich aufdringende Frage zu beantworten, inwieweit die Gewerkschaften nötig sind, um den zunehmenden Mangel an Solidarität der Menschen und dem bemerkbaren Auseinanderstreben durch zweckmäßiges Wirken auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Zukunftsgestaltung entgegenzuarbeiten.

Auch die Frage der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern soll der Kongress behandeln. Zweifellos eine sehr wichtige Angelegenheit. Diese Arbeitsgemeinschaft wird von einigen Seiten der Arbeiterschaft angefochten und ihr nachgesagt, daß sie nur dazu dienen werde, die Arbeiterschaft erneut unter das Joch des Kapitalismus zu bringen. Demgegenüber ist zu betonen, daß wir dem Kapitalismus noch nicht entronnen sind, daß es auch nicht möglich ist, ihm so kurzerhand das Genick umzudrehen. Doch wir wollen uns nicht nur mit der politischen Demokratie begnügen, sondern wollen auch das Wirtschaftsleben demokratisieren, oder besser gesagt, sozialisieren, und da wird es nötig sein, das Bauwerk an allen nur möglichen Stellen zu beginnen. Uns scheint auch diese Arbeitsgemeinschaft auf dem Wege zu liegen, den die Arbeiterklasse gehen muß, um zum Ziele zu kommen. Wir wollen unentschieden lassen, ob diese Arbeitsgemeinschaft für alle Industrien den gleichen Wert hat — der Entwicklungsstand der Industrien ist sehr verschieden — aber wenn wir uns nur vergegenwärtigen, wie wenig die Arbeiter allgemein über die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben, in Industrie und Handel unterrichtet, oder gar praktisch erfahren sind, so meinen wir, müßte jeder Schritt, der uns tiefer in dieses Gebiet hineinführt, mit Rücksicht auf die künftige Herrschaft der Produktion durch die Gesamtheit, begrüßt werden. Wenn diese bereits bestehende Ar-

beitsgemeinschaft auch noch weit davon entfernt ist, der Arbeiterschaft den vollen Einblick in das industrielle und kaufmännische Leben des Kapitalismus zu gewähren, wenn diese Gemeinschaft insbesondere die Lohn- und Arbeitsfragen als ihr hauptsächlichstes Gebiet betrachtet, so werden sie sich doch mit allgemeinen Wirtschaftspragen befassen und eventuell nach dem Stand derselben ihre Tätigkeit einrichten müssen. Wir denken dabei wiederum an die Sozialisierungspläne. Bisher wirtschaftlich geschulte Arbeiter können wir gar nicht haben, wir merken, wie es uns in dieser Hinsicht gerade jetzt überall fehlt. Aber auch im Rahmen des Gedachten können die Arbeitsgemeinschaften gerade in der schweren Zeit der Übergangswirtschaft und des Raubfriedens Gutes leisten. Wir sind in unserem Glauben an den eisernen Willen der Arbeiterschaft, ihr Ziel zu erreichen, so stark, daß wir nicht befürchten, sie werde sich einfangen lassen und dem Kapitalismus Vorspanndienste leisten. Aus diesen Gründen wünschen wir, daß der Gewerkschaftskongress sich für die Beteiligung an diesen Arbeitsgemeinschaften anspricht. Was aus ihnen wird, hängt wesentlich von der Arbeiterschaft selbst ab.

Die Sozialisierung soll als 7. Punkt der Tagesordnung behandelt werden und zwar in einem Referat Paul Umbrechts. Wir können an dieser Stelle natürlich nur ein Bekenntnis zur Sozialisierung ablegen und müssen uns ein weiteres Eingehen auf die Frage heute versagen. Aber unser Bekenntnis zur Sozialisierung liegt bereits in den Worten, die wir zur Arbeitsgemeinschaft gesagt haben. Freilich soll man auch stark genug sein, etwaigen Heißspornen zu sagen, daß die Sozialisierung um ihrer selbst willen nicht durch unüberlegte Experimente im Ansehen des Volkes sinken darf; es könnte sonst leicht annehmen, daß das Volk den Glauben an den Sozialismus verliert. Dort, wo nicht mit sicherem Erfolg die Gemeinwirtschaft zu errichten ist, muß man sich bemühen, die Verhältnisse zur Reife zu bringen. Hauptsächlich tragen die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses auch dazu bei, etwas mehr Klarung über den Begriff Sozialisierung zu schaffen, denn es ist hanebüchen, was sich manche Leute unter Sozialisierung vorstellen.

Die neue Zeit mit ihren vielen neuen Aufgaben, ihren vielen Veränderungen bedingt auch zu prüfen, ob die alte Form, unter der sich die Gewerkschaften zu Schutz und Trutz verbunden hatten, noch geeignet ist, größeren Anforderungen, die in mehrfacher Hinsicht künftig gestellt werden, zu genügen. Im Großen und Ganzen wird die Form der Zentralisation nach wie vor das Richtige bleiben, man will sie sogar noch fördern, wie das besonders in einigen Anträgen auf Einrichtung von Industrieverbänden bzw. einer Arbeitsorganisation zum Ausdruck kommt. Der Entwurf der Satzungen des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, wie er dem Kongress von der Vorstandskonferenz vorgelegt wird, trägt den oben besprochenen Richtlinien der Gewerkschaften Rechnung, indem sich die innere Gliederung dem Aufgabenkreis anpaßt. Manche Änderungen sind von ziemlich einschneidender Bedeutung. Sicher wird es z. B. bei den Titeln III (Abgrenzung der Gewerkschaften), X (Bundeshilfe) und XI (Ortsausschüsse) zu einigen Ausänderungen kommen, doch scheint uns der Rahmen weniger wichtig wie das Bild, und so glauben wir auch, daß sich Form und Gliederung unserer Gewerkschaften schon ohne viel Gegenfährlichkeit schaffen lassen, wenn wir uns über die Aufgaben klar geworden sind.

Die Frage der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse ist gegenwärtig wichtiger denn je. Wir brauchen so nötig tüchtige Kräfte, die erweiterten Aufgaben verwirklichen zu helfen, so daß es dringend nötig ist, den intelligenten Arbeitern und Arbeiterinnen eine erhöhte Möglichkeit zur wirtschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Durchbildung zu geben.

Die Regelung des Lehrlingswesens ist, nachdem sich die Verhältnisse so wesentlich verschoben haben, trennend geworden. Schon längst hätte sich ein Gewerkschaftskongress mit der Lehrlingsfrage beschäftigen müssen, denn die Gestaltung des Lehrlingswesens im Sinne neuzeitlicher Auffassung lag schon vor dem Kriege auf der Linie der Aufgaben einer modernen Gewerkschaftsbewegung.

Wichtig, außerordentlich wichtig ist der 10. Gewerkschaftskongress für die deutsche Arbeiterschaft. Ob seine Beschlüsse eine volle Auswirkung erleben, ob sie durchzuführen sein werden, hängt von der Festigung unserer so unsicheren politischen Verhältnisse ab. Arbeitet aber der 10. Gewerkschaftskongress in dem Geiste, der bisher die deutsche Gewerkschaftsbewegung befeuerte, das ist der Geist des besonnenen, aber sich dem Ziele Schritt um Schritt nähernden Fortschritts auf dem Wege der Befreiung der Arbeiterbewegung, so wird seine Arbeit selbst zur Festigung unserer verworrenen Verhältnisse beitragen; seine Arbeit wird zu ihrem Teil nicht nur den Arbeitern, sondern der Menschheit zum Segen werden.

Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften.

Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beschloß am 25. April 1919, dem Nürnberg-Gewerkschaftskongress nachstehende, für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften als maßgebend zu beschließende Richtlinien zu unterbreiten:

1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der kapitalistischen Warenproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen. Sie haben große Massen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmer vereint, sie in Lohnkämpfen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangem systematischem Kampf den Unternehmern nicht nur Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen abgerungen, sondern auch die Stellung der Arbeitnehmer in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgeberwillkür entzogen. Sie haben der Arbeiterschaft die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigter Vertragspartei erkämpft und in beträchtlichem Umfange die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge sichergestellt. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeitsrechts, vordem ein einseitiges Herrschaftsrecht des Unternehmers, zum paritätischen Recht angebahnt und gefördert, sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt.

2. Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wesentlichsten Arbeiterforderungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errungenschaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft und somit die Aufgaben der Gewerkschaften erst zum Teil erfüllt. Der Kampf der Gewerkschaften muß deshalb fortgesetzt werden.

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestärkt und damit zugleich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird sich in der Richtung der Gemeinwirtschaft, unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert.

4. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Die soziale Fürsorge der Gesellschaft macht die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ansehnliche Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eigenes Verschulden Erwerbslosen. In dem Maße der Verwirklichung und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen abgebaut werden.

6. Die Interessengegenstände zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitsverhältnisse infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitverwaltung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft durch schiedsgerichtliches Verfahren nach Möglichkeit verhütet werden müssen, können die Arbeitnehmer auf das Streikrecht nicht verzichten.

7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spigen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gegenseitiger Rechtsgleichheit. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen.

8. Die Durchführung der in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufsgruppen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Gesamtvertretung der Arbeit vereinigt haben. Den zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörigen Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitreten. Politische oder religiöse Überzeugung ist in diesen Organisationen kein Hindernisgrund für den Beitritt.

9. In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten übernehmen die aus Urwahlen mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der bisherigen örtlichen Gewerkschaftskartelle. An Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränken und daneben die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

10. Außer diesen örtlichen Arbeiterräten sind Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlrecht zu berufen. Dieselben können mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten, sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinarbeiten.

11. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Vertretung reiner Arbeiterinteressen nicht selber Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Ihnen fällt aber die Führung einer zielbewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammern zu. Sie haben grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Arbeitervertreter aufzustellen und für dauernde Verbindung dieser Vertreter untereinander und mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen. Sie müssen umfassende Maßnahmen treffen, um die Erkenntnis aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen, der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeiterschaft zu verbreiten und damit bei dieser die Kräfte auslösen, die zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft.

Fast hat es den Anschein, als könnte sich das deutsche Tabakgewerbe nur einig sein im Verneinen. Würde alle Mühe, an der Arbeitsgemeinschaft alles erdenkliche Schlechte zu erkennen, sich einmal umstellen in den guten Willen, die Zeit und ihre Anforderungen zu begreifen, es würde doch die Planwirtschaft nicht so kurzerhand abgewiesen werden können. Es ist uns unfaßbar, wie sich Personen mit volkswirtschaftlichem Blick angesichts der Lage Deutschlands zu einer radikalen Verurteilung einer mehr oder weniger gebundenen Wirtschaft verstehen können. Gemäß hat die sich selbst Plan und Richtung gebende kapitalistisch-individuelle Wirtschaftsfreiheit zu ihrer Zeit nach den Gesetzen der Entwicklung ihre Berechtigung gehabt, doch ihr fehlen jetzt zum guten Teil die Voraussetzungen, wie denn auch ihre Wirkungen unter den veränderten Verhältnissen andere geworden sind. Die große Mehrheit der Volksgenossen will nicht mehr einer Wirtschaft ausgeliefert sein, die nicht dem Volksganzen dient. Deutschlands Volkswirtschaft wird sich künftig im Sinne einer Gemeinwirtschaft entwickeln, oder sie wird zugrundegehen und nicht jähig sein, uns einen politischen, die Selbständigkeit des Reiches begründenden Halt zu geben.

Wir glauben schon, daß viele, bei denen die Sucht nach dem Gelde jede Gewissenhaftigkeit, jede Rücksicht auf das Ganze erstickt, sich nicht nur keine Sorgen machen, was aus unserem Tabakgewerbe wird, ob und wie es sich einfügt in den Rahmen der allgemeinen Wirtschaft, sondern einfach nach dem Grundgesetz handeln: Nach uns die Sintflut! Jeder denkt: Wie verdiene ich am schnellsten und am meisten Geld. Es ist nicht immer so kraß, und mancher weiß sich bei solchen Empfindungen sogar ein soziales Mäntelchen zu seiner und anderer Beruhigung umzuhängen, aber es ist so. Alle diese Leute, wie auch jene, die es wohl ehrlich meinen, vergessen doch, daß wir nicht nur 1½ Jahre Krieg gehabt haben und daß wir noch weiter Jahrzehnte lang unter dem Krieg zu leiden haben werden. Wir führen zwar keinen Krieg mehr, aber die Feinde führen noch Krieg mit uns. Wir sind völlig verarmt und können die Bedingungen, die uns auferlegt worden sind, schwerlich erfüllen. Außerdem haben die Maßnahmen einer öffentlichen Bewirtschaftung, so verhaßt sie auch bei allen auf Individualwirtschaft Schwörenden ist, denn doch in Bezug auf Warenverteilung und Preisbemessung sowie Gütes gezeigt, daß sie nicht ohne weiteres über den Haufen geworfen werden können. Wir hätten nicht erleben dürfen, was eingetreten wäre, wenn keinerlei Eingriff in den Warenhandel und die Warenherzeugung gemacht worden wäre.

Stehen denn die Dinge jetzt wesentlich anders? Wir gestalten uns, der Meinung zu sein, daß sie jetzt in mancher Beziehung schlechter als zur Zeit des eigentlichen Krieges standen. Die Gefahr eines wirtschaftlichen, und damit staatlichen völligen Zusammenbruchs ist viel größer als zur Zeit des Krieges. Auch das Kennen und Fahren nach Gewinn hat nicht nachgelassen, eher ist das Gegenteil der Fall, denn diese Art Kultur hat sich von den anfangs Privilegierten auf immer weitere Kreise erstreckt. Böse Beispiele verderben eben gute Sitten. Außerdem ist die Autorität des Staates stark gesunken. Nun soll im freien Spiel der Kräfte der Kapitalismus sich ausleben können! Jener Kapitalismus, der einschließlich seiner Desperados unter der Kriegswirkung ungeheure Profite einzusacken gemöhnt war! Im großen Zertum ist, wer unter diesen Umständen glaubt, in der schrankenlosen Handhabung der Erzeugung und des Handels liege die Erhaltung unserer Volkswirtschaft, der Bestand unseres Staatsgefüges. Allerdings werden wir Rohstoffe und Nahrungsmittel ins Land bekommen. Aber das allein bringt noch nicht die erforderliche Wirkung; im Gegenteil, es kann, ja es wird die Krisis in gewisser Hinsicht noch verschärfen. Die Gewinnmacher gehen auf die Dauer nicht so weiter, es kann nicht angehen, daß jeder ohne Rücksicht auf das Ganze dazwischen wirtschaftet, einzig und allein aus dem Trieb nach Gewinn. Alle wollen leben. Da aber bei unserer wirtschaftlichen Not und Verbrüdung die Nationen erheblich kleiner geworden sind, als sie es vor dem Kriege waren, muß notwendig eine wenigstens halbwegs gerechte Einteilung erreicht werden. Diese Einteilung muß schon bei der Erzeugung einsetzen und hat über den Handel bis zum Verbrauch zu gehen. Wer sich dem Volke, wer sich gegenüber dem Bestande eines Deutschen Reiches verantwortlich fühlt, kann nur zu dem Schluß kommen, daß dieser Situation Rechnung zu tragen ist und Opfer gebracht werden müssen. Nach unserer Auffassung können die Opfer nur auf Kosten der Individualwirt-

schaft gebracht werden. Ohne eine Planwirtschaft in Industrie und Handel und in der Verteilung bekommen wir keine Ordnung in das Wirtschaftsgetriebe. Ohne Ordnung ist die Erzeugung gefährdet und der Zusammenbruch vollendet sich. Außerdem werden wir, ohne eine geordnete Volkswirtschaft nicht annähernd unseren Verpflichtungen aus dem sogenannten Friedensvertrage nachkommen können.

Wer will es wagen, der Volksstimmung entgegen die alte Wirtschaft in allen Einzelheiten zu erhalten! Und da die freiwillige Zusammenarbeit eines Gewerbes im Augenblick mehr Erfolg verspricht, als ihn die Staatsautorität zu erwirken vermag, so muß der Gesamtwille des Gewerbes eben auf die gedachte Arbeitsgemeinschaft gerichtet sein. Nicht flieberhaftes Entgegen, sondern ruhige Ueberlegung kann uns den wirtschaftlichen Halt und die Möglichkeit, unser Volk zu ernähren, geben.

Es ist uns unbegreiflich, wie man bei der Planwirtschaft, oder gar bei der für unser Gewerbe gedachten Arbeitsgemeinschaft, von einer Vernichtung jeder privaten Initiative reden kann. Allerdings wird dieser Initiative eine etwas andere Richtung gegeben, doch sind bei der gedachten Arbeitsgemeinschaft noch soviel Möglichkeiten individueller Betätigung im Interesse des Ganzen, daß es eine Freude sein muß, sie auszuüben. Wer freilich auf dem Standpunkt des krassesten Eigennutzes steht, dem ist freilich nicht zu helfen, der verdient aber auch keine Rücksicht. Sowohl der Rohstoffimport und -handel, die Industrie in allen ihren Zweigen, wie auch der Fabrikhandel sind durch die Arbeitsgemeinschaft in ihren Grundlagen keineswegs erschüttert, obwohl eine gewisse Einfügung in das Allgemeininteresse von ihnen verlangt wird. Wir meinen, daß sie, wie die Dinge liegen, diesen Schritt gut und gerne gehen können. Auch ohne Arbeitsgemeinschaft wird man mit manchen Erscheinungen in unserem Gewerbe, die einfach haarsträubend sind und jeder geordneten Wirtschaft Hohn sprechen, bald aufräumen müssen.

Wenigen Leuten mag es auf die Nerven fallen, daß „so gar“ die Arbeiter an den Beratungen über die künftige Gestaltung unseres Gewerbes teilnehmen; man merkt es aus den Kundgebungen heraus. Auch das ist ein Beweis, daß diese Herren der neuen Zeit noch nicht auf der Spur sind. Wir nehmen daran weiter keinen Anstoß, wissen wir doch, daß wir uns auf dem Wege der Sozialisierung befinden, und daß wir das Ziel erreichen werden, erreichen müssen, wenn das deutsche Volk bestehen soll. Es ist die Furcht vor der V o l k s o z i a l i s i e r u n g, die sich in der Abneigung gegen die Arbeitsgemeinschaft auch in unserem Gewerbe zeigt. Man sieht in der Arbeitsgemeinschaft, in der Planwirtschaft den ersten Schritt zur Sozialisierung. Nicht mit Unrecht. Da uns das Wohl des Ganzen höher steht als das Profitinteresse einzelner, da wir unser ganzes Volksleben gesunden lassen und nicht einzelne sich „gesund machen“ lassen wollen, wird man uns immer auf der Seite der sozialen Organisation des Wirtschaftslebens finden. Deshalb reden wir der Arbeitsgemeinschaft im Tabakgewerbe so deutlich das Wort.

Bekanntmachung.

Die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikanten (Sitz Minden i. Westf.) verlegt mit dem 23. Juni 1919 ihren Sitz nach Hannover. Ihr Geschäftszimmer befinden sich daselbst Königstraße 44 I. Fernruf: Hannover Süd 3348, Drahtanschrift: Tabakzentrale Hannover.

Minden, den 20. Juni 1919.

Der Vorsitzende:
S i n d e n b e r g

Wozu sollen die Millionen der Mindener Zentrale verwendet werden?

Die Zahlstelle Osabrück unseres Verbandes wählte sich an die Mindener Zentrale (künftig wird der Sitz der Zentrale Hannover sein) mit dem Ersuchen, von dem angefallenen Fonds die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter zu unterstützen. Die Antwort der Zentrale lautet:

„Infolge des großen Mangels an Rohmaterial ist eine so große Anzahl von Tabakarbeitern arbeitslos geworden, daß die Zentrale für menschenlich alle unersättlich kann; daher hat die Zentrale nach rechtsgerichteter Regelung der Arbeiterlosenunterstützung die Aufnahme von Unterstützungen an arbeitslose Tabakarbeiter einstellt. Ausnahmen können in einzelnen Fällen nicht gemacht werden, da überdies bei den nichtunterstützten Arbeitern Unzufriedenheit erzeugt werden würde. Zentrale bedauert, mit ihrer Bitte um Unterstützung der Osabrücker Tabakarbeiter nicht entsprehen zu können.“

S i n d e n b e r g, Syndikus der Handelskammer, Minden.“
Ob das Vermögen der Zentrale tatsächlich 44 Millionen Mark beträgt, ist uns unbekannt, jedoch wissen wir, daß die Absicht besteht, einen erheblichen Teil des Vermögens für Arbeiterwohlfahrtszwecke aufzuwenden und sich auch der Zentrale aus Tabakarbeiterkreisen heraus Vorschläge über bestimmte Einrichtungen gemacht worden. Wir haben im Tabak-Arbeiter bereits zum Ausdruck gebracht, daß das Vermögen Gemeinamtsvermögen des ganzen Tabakgewerbes sein muß. Sicher betrachten die rechtlich als Träger der Zentrale geltenden Herren das Geld nicht, als persönliches Eigentum, aber auch gewissen Leuten aus Herstellerkreisen, die sich jetzt um die Verwendung soviel Sorge machen, muß man wünschen, daß ihre Absichten vorbeigelingen. —

Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Raufabherstellung.

§ 1.

Es wird ein für das ganze Deutsche Reich gültiges Tarifabkommen angestrebt. Bis zum Abschluß eines solchen gelten folgende Vereinbarungen:

§ 2.

Die Arbeitszeit beträgt grundsätzlich 48 Stunden in der Woche. Die tägliche Arbeitszeit bleibt den besondern

der Organisation und die Arbeit ist erleichtert. Wo möchte man Vorsteheres und hanteln darnach! Wir brauchen die Einseitigkeit mehr denn je.

Nun noch einige Worte an die Arbeiterkollegen und Kolleginnen. Ich will nicht durchaus nicht zum Belächeln ausschlagen, aber einige Kollegen und Kolleginnen haben durch die Art ihres Protestes gegen obige Verfügung anscheinend ganz vergessen, was der Verband auch für uns hier am Orte bedeutet. Der Verband ist das Rückgrat, der Halt für unsere wirtschaftliche Lage und Zukunft, und geloben wir doch herzlich ein: haben die Abmachungen durch den Verband nicht auch hier in Freiberg größere wirtschaftliche Erfolge gebracht? Wenn es noch nicht mehr ist, so wissen ja die älteren Mitglieder zur Genüge, daß dies nicht am Verband, sondern an den vielen Hundert Tabakarbeitslern, die nicht begreifen wollen, was die Organisation für sie bedeutet und so bei Lohnkämpfen eine beständige Gefahr in unserm Rücken bilden. Sie waren die Leiden in unserem Damm den Fabrikanten gegenüber, und nur das allein ist die Ursache unseres ganz speziellen wirtschaftlichen Tiefstandes hier am Orte. Also bei Ausführung der Art ihres Protestes würden sie uns das Rückgrat verlieren und sich selbst verurteilen. Dem Vorstand treffen sie damit nicht, wie uns selbst.

Noch etwas an die neuemkommenen Mitarbeiter: Wir freuen uns, Sie endlich in unsere Reihen zu sehen, aber wir sind uns auch bewußt, daß ein großer Teil von Ihnen uns geistig noch vollkommen fernsteht und sich nur als Zwangsmittglied fühlt. Das oben Angeführte gilt auch für Sie; Sie mögen uns doch glauben: die Organisation ist durchaus nichts Oberflächlich und etwa nur da, damit Sie Ihr Geld los werden, sondern es gilt, durch Sie Ihnen die heiligsten Interessen zu wahren. Es ist eine Kultur der ersten Ranges, für Deutung einer wirtschaftlich tiefstehenden Menschenseife zu kämpfen. Fühlen Sie nicht selbst die Verpflichtung in sich, der Organisation, durch welche schon höhere Löhne erreicht wurden und die Sie mitgenießen bzw. mitgenossen haben, auch anzugehören? Aber zum Kampfen gehört Geld, und auch zur Unterstützung gehört Geld, und das wollen wir zahlen Sie Ihre Beiträge. Die neuen Mitglieder sollen nicht glauben, daß es genügt, daß sie nur, solange wie Sie arbeiten, Mitglied zu sein brauchen und zu zahlen brauchen. Auf jeder Basis kann ein Verband bei solch großer Arbeitslosigkeit überhaupt nicht bestehen und deswegen läge ich: Dalet fest an der Mitgliedschaft, kommt zu uns in die Versammlungen und führt auch ein mit uns. Sie machen auch heute schon darauf aufmerksam, daß wir es als unsere erste Aufgabe ansehn, daß bei entl. Wiederzunahme der Arbeit nur solche Personen und Kolleginnen in Frage kommen, die der Organisation schon angehören. In diesem Sinne sind zum demnächst stattfindenden Gewerkschaftskongress viele Anträge eingegangen, und mit Recht.

Ich erlaube die Mitglieder noch, jede Veränderung, sei es Wohnungsverwechsel, Wiederaufnahme von Arbeit oder Arbeitslosigkeit und Krankheit, der Ordnung wegen im Bureau zu melden.

Reinh. Baumhardt.

Von der Frauenerwerbsarbeit.

Wie sich der Krieg auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens als der große Umwälzer und Reformator erwiesen hat und tiefgreifende Wandlungen in unserm Wirtschaftsleben hervorrief, so ist er auch an der Frauenerwerbsarbeit nicht spurlos vorübergegangen, deren Nachwirkungen erst jetzt für die Arbeiterschaft in Erscheinung treten. Besonders war es das Hilfsdienstpflichtgesetz, wodurch die Frau in fast allen Berufen ihren Einzug hielt, selbst in solchen, die recht eigentlich für den männlichen Arbeiter reserviert waren. So sahen wir während des Krieges die Frau nicht nur mit leichten schematischen Arbeiten beschäftigt, sondern überall, an Schraubstock und Drehbank, im Transportgewerbe, wie mit Spitzhake und Schaufel die schwersten Arbeiten verrichten. War der gut bürgerliche Standpunkt „die Frau gehört ins Haus“ schon in der Vorkriegszeit für den Arbeiter ein überlebter Begriff gewesen, so wurde durch die Not des Krieges dieses Wort vollends zu einem Non-sens.

Dem ethischen Standpunkte ist die Frau dem Manne durchaus ebenbürtig zu sein, was aber auch die Gleichberechtigung der Frau als Grundprinzip der modernen Frauenbewegung ist. In unendlichen Zeiten ist die Frau von dem Manne gewissermaßen unterdrückt worden. Die Frauenarbeit wurde stets als minderwertig betrachtet, man hielt eine Frau nicht für fähig, Arbeiten zu verrichten, die in geistiger Beziehung Ansprüche erforderten. Kompliziertere und intellektuelle Arbeiten galten als ein Privileg der Männer, während der Frau die leichteren schematischen Arbeiten gnädigst überlassen wurden. Erst ganz langsam vermochte es die Frau, im Laufe der Jahre vereinzelt in Berufe einzutreten, die bislang dem Manne vorbehalten waren und so mit diesem zusammen den Arbeitsmarkt zu betreten. Damit vermochte sie nun aber noch lange nicht den gleichen Lohn zu erringen wie ihn der männliche Arbeiter für dieselbe Leistung berechnen errungen hatte. Hauptursache ist es gewiß das Profitinteresse des Unternehmers, das die Frauenerwerbsarbeit als willkommenes Ausbeutungsobjekt betrachtet und sie lohnträgend gegenüber dem männlichen Arbeiter benützt. Aber auch den männlichen Arbeiter trifft eine Mitschuld insofern, als er die Frauenarbeit mißgünstig betrachtet und sie nach Möglichkeit zu hindern sucht. Der männliche Arbeiter kann sich noch immer nicht zu der Ansicht verstehen, daß Frauenarbeit den gleichen Kulturwert verkörpert, wie Männerarbeit. Er sieht in der Frau nicht den gleichberechtigten Konkurrenten, sondern nur eine lästige Konkurrenz, von der er glaubt, sie bekämpfen zu müssen. Daß der männliche Arbeiter durch eine solche Rückständigkeit sich selbst am meisten schädigt und dem Unternehmer, wenn auch unbewußt, in die Hände arbeitet, leuchtet ihm in den wenigsten Fällen ein. Als ein Beispiel, wie groß der Unterschied in der Entlohnung der beiden Geschlechter ist, mag hier eine Zusammenstellung Platz finden, wie sie in der Nr. 16 des Tabak-Arbeiter-Band. Danach erhalten:

| | |
|-----------------------------------|-------------|
| männliche Arbeiter: | |
| gebühte Tabakschneider | 106,25 |
| ungeübte Tabakschneider | 93,75 |
| Vater über 20 Jahre | 81,25 |
| Vater über 17 bis 20 Jahre | 75,— |
| Hilfsarbeiter in drei Abstufungen | 62,50, 50,— |
| weibliche Arbeiterinnen: | |
| Vorarbeiterinnen | 75,— |
| Zigarettenmachernachen | 60,— |
| Einwicklerinnen | 55,— |
| Vandrollerinnen | 37,50 |
| Süßscharbeiterinnen | 35,63 |
| Lagerarbeiterinnen | 32,50 |

Der Unterschied ist um so bezeichnender, als es hier um angeleitete und ungeleitete Arbeiter handelt. Um

somehr muß die große Lohnbifferenz anmuten. Vergleicht man den Lohn eines geübten Tabakschneiders mit dem einer Vorarbeiterin, so beträgt er mehr als das Doppelte, und gegenüber einer Lagerarbeiterin das dreieinhalbfache.

Daß ein solcher Lohnunterschied für die benachteiligte Kategorie zu Reid und Erbitterung Anlaß gibt, ist doch einleuchtend genug. Das Beispiel zeigt aber auch, daß der männliche Arbeiter geistlich bemüht ist, seine weibliche Kollegin in der Entlohnung möglichst nicht aufkommen zu lassen. Hier regelnd und ausgleichend einzutreten, wäre ein dankbares Feld für die Gewerkschaften. Längst haben diese den Wert der Frauenarbeit erkannt und vertreten den Standpunkt der gleichen Entlohnung mit aller Energie. Daß dabei aber noch ungeheure Schwierigkeiten und Vorurteile zu bekämpfen sind, dessen sind sich die Gewerkschaften voll und ganz bewußt. Vor allem muß die Aufklärung der männlichen Arbeiterschaft in Bezug auf die Frauenarbeit mehr erweitert werden, dann wird auch die Frau an unserm Aufstieg teilnehmen und freudig der Organisation beitreten. Darum nicht Unterdrückung der Frauenarbeit, sondern Gleichstellung mit der Entlohnung des Mannes, sei unsere Lösung.

J. Bilu.

X. Gewerkschaftskongress.

- Als Delegierte zum 10. Gewerkschaftskongress wurden gewählt:
- vom Vorstand: Joh. Krohn und F. Gusiong, Bremen;
 - vom Ausschuss: L. Schoene, Hamburg;
 - vom I. Wahlkreis: Heinrich Borag, Hannover;
 - vom II. Wahlkreis: Gauleiter Herm. Schmidt, Nordhausen;
 - vom III. Wahlkreis: Bernh. Fehrenbach, Seelbach;
 - vom IV. Wahlkreis: Gauleiter Ludw. Klein, Heiðelberg;
 - vom V. Wahlkreis: Gauleiter Rich. Gerloff, Dresden;
 - vom VI. Wahlkreis: Gauleiter Max Clement, Breslau;
 - vom VII. Wahlkreis: Sally Rosenthal, Berlin.

Kleine Nachrichten.

Neue Arbeitsstellen wurden gegründet in Gernshelma, Babbenhäusen, Westf. und Eppingen, Baden.



Verbandszeit.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Als verloren gemeldet:
Berlin. Das Mitgliedsbuch S II 53 502, lautend auf Gustav Meier aus Spickauerdorf, eingetragen am 25. 7. 08. Nr. 3 (S. 767/11 J. 19.) Vorstehendes Mitgliedsbuch ist unaltitig, es muß beim Vorstehen eingezogen und an den Vorstand gelangt werden.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen:
 2. Juni: Lauffen 100.—, 2. Mittelbau 70.—, Gera 100.—,
 12. Thüringen 250.—, Remscheid 100.—, Klein-Schmalz-
 elden 100.—, Grimmettersbach 300.—, 14. München 1500.—,
 15. Frankenberg 1000.—, Contra bei Bebra 400.—, Hilden-
 baren 200.—, Ringen 50.—, 16. Minden 600.—, Graudenz
 600.—, Döherleben 650.—, Dresden 700.—, Heldenheim
 600.—, 17. Mannheim 500.—, 18. Emmer 200.—, Buben-Raben
 2500.—, 19. Dresden 15 000.—, Königsberg 1600,95.—, Pöbau
 400.—, 16. Singen 50.—, Burghausen 300.—, 18. Gilschhausen
 500.—, Kochlin 110.—, Samau 100.—.
 Bremen, den 23. Juni 1919. W. Ri-ber-Verband.

Abrechnungen vom 1. Quartal:
 3. Gau Nordhausen: Eisleben, 8. Gau Erfurt: Mülla.
 9. Gau Dresden: Dresden.

Adressen-Änderungen.

- Seiffenhardt (3): 1. Ben. Herm. Deffenhacht, Wintel 333; 2. Ben. Krausverling, Heidebühlstraße 636.
 Stüt Quernheim (4): 2. Ben. Fritz Wörm Nr. 73.
 Gernshelma a. Rhein (Ersz. Stalensburg): 1. Ben. Adam Koller
 Förselburgstraße 9.
 Detmold (4): Alle Adressen sind an den 2. Ben. Seimlich Götter-
 meier, Sildsiedern bei Detmold Nr. 102 zu schicken.

Bremens-nachwe:
 Die Bureau befindet sich:
 für den Gau Hamburg:
 Altona: Gottl. Osteraa, Bureau: Dellerstraße.
 für Bremen:
 Bremen: Heinrich Bötckenkamp, Faulenstr. 58/60, I.,
 3. 13. Sprechstunden: 6 1/2 bis 10 1/2 Uhr vormittags, Tele-
 phon Roland 2952.

für den Gau Hannover:
 Hannover: Heina Borag, Hannover-Linden, Gummistr. 88.
 Auch erhalten Supereille dort Arbeitslosenunterstützung.

für den Gau Nordhausen:
 Nordhausen: Herm. Schmidt, Verbandsbureau, Wolfstraße 14.

für den Gau Erfurt:
 Erfurt: Wilhelm Schlichter, Wallgassestr. 49 pt.

für den Gau Frankfurt a. M.:
 Frankfurt a. M., West 18: Franz Schnell, Steinmühlstraße 6a.

für den Gau Offenburg:
 Offenburg: Georg Durban, Wegweiserstr. 16 II.

für den Gau Heilbronn:
 Heilbronn: Ludw. Klein, Heilbronn, Versteherstr. 82, II.

für den Gau Gera:
 Gera: Anton Fickler, Industriestraße 38 I.
 Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachm. und
 7 bis 8 Uhr abends; Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.

für den Gau Dresden:
 Dresden: Joseph Domeyer, Volkshaus, Schöden-
 platz 20 III.
 für Sortierer: Dresden (Sortiernachweis) Walter Robis,
 Dresden 22, Torquarierstr. 66. Sprechzeit: 12 bis 1 Uhr
 mittags und 6 bis 7 Uhr abends; an Sonnabenden nur 3 bis
 6 Uhr nachmittags.

für den Gau Breslau:
 Breslau: Gustav Liebe, Gewerkschaftshaus, Margarethen-
 straße 17 II, Zimmer 39.

für den Gau Berlin:
 Berlin: Richard Koller, Berlin C 54, Bureau: Dragoner-
 straße 6a, vorn, II. Etg.
 für Sortierer: Otto Krämer, Berlin KO. 66, Dreiß-
 waldstraße 19B.

Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken
 dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende
 Adressen wenden.

Mitglieder-Versammlungen.

Giltenburg: Sonnabend, den 5. Juli, im Gasthaus zur Laube,
 L.O. wird dort bekannt gegeben.

Gestorben:

- Am 14. Juni starb zu Gicholz bei Detmold der Zwanzigarbeiter August Wienecke aus Gicholz, 89 Jahre alt. Kollege Wienecke war Mitbegründer und 1. Bevollmächtigter der Zählstelle Detmold.
 - Am 14. Juni starb zu Waldheim der Zigarrenarbeiter Konrad Schulz aus Reichenhausen, 63 Jahre alt.
 - Am 14. Juni starb zu Sörlich der Zigarrenarbeiter Reinhold Zapke aus Briga, 68 Jahre alt.
 - Am 17. Juni starb zu Parchim der Zigarrenarbeiter Heinrich Griewisch aus Parchim, 46 Jahre alt.
- Ehre ihrem Andenken!**

**Zigarren
Zigarillos
Zigaretten
Rauchtabak**

kauft jeden Voken und erbitet
Augen

Bernhard Zober
Halle a. S.
Thälmerstraße 18.

Kaufe dauernd
jeden Posten Zigarren, lose,
unfortiert, auch verpackt. Des-
gleichen jeden Posten Rauchtabak
Ed. Tröstrum, Halle a. S.
Werfebürgerstr. 15.

Briefkasten.
Warendorf i. Wt.

Kaufe dauernd
auch im Frieden jeden Posten Zi-
garren aus reinen Tabaken sortiert,
lose, auch verpackt bis A. 500.—
Ferner jeden Posten Tabakblätter.
Friedrich Schaedel, Spandau,
Wihelmsstraße 148.

Zu der am 1. Juli statt-
findenden Verwählung unseres
Kollegen Hermann Hoffmann,
nebt seiner Frau, Fr. Maria
Kiel, die
herzlichsten Glückwünsche!
Aus der Wgriffe freudem Grün
Widde Silber Euch erblich'n.
Die argecktesten Tabakarbeiter der
Zählstelle Warendorf a. Teigte i. W.
Werfebürgerstr. 15.

Wir konnen loben sämtliche Maschinen einer Rauch-,
Kau- und Schnupftabakfabrik und zwar:

- 1 Tabakschneidemaschine für Kraftbetrieb, 280 mm Schneidemaul
240 mm
- 1 Tabakröstmöschine mit Heizung, 1 Exhaustor
- 1 Tabakfüllmaschine mit Exhaustorgang
- 1 Messerichneidmaschine
- 1 hydraulische Presse mit Pumpe
- 1 Saucenfessel
- 1 4 PS Osmotor Teuch, liegend.

Außerdem die dazu gehörigen Vorgelege und Transmissionsen.
 Die Maschinen sind fire ensware und sämtlich von der Fa. Quester,
 Köln. Sie befinden sich in hervorragendem gutem Zustande. Da
 die Fabrik vor dem Kriege mehrere Jahre stillgelegen, ist ein
 Kontinent hiermit nicht verbunden.
 Inter-essen wollen sich geff. schriftlich oder telefonisch an
 uns wenden. — Geschäftszeit 8-4, Fernsprecher Amt Norden 518
 und 4043. Telegrammadresse: Formencohn, Berlin.

L. Cohn & Co., Berlin, Brunnenstr. 24.

**Einrichtungsgegenstände
für Zigarren-Geschäfte u. Fabriken**

Modernes Muster in praktischer Ausführung
Verlangen Sie meine Preislisten

Heinrich Franck
 Berlin N 54, Brunnenstrasse 22

Großabnehmer
 er schicken Probe und auf der Larre getrocknete und event.
 fermentierte Dampfer-, Brombeer-, Hainbuche-, Birken-, Buchen-
 und andere Blätter nach Wunsch der Besteller gesücht.

Torfwerk Schulp, G. m. b. H.,
 Norderf (Holstein).